

Ende der Gewaltenteilung

Die neue Verfassung der Türkei gefährdet die Demokratie

Christiane Schlötzer und Kai Strittmacher suggerieren, dass die Volksabstimmung in der Türkei mehr Demokratie bringen wird und die oppositionelle Republikanische Volkspartei CHP hetzerisch und putschfreundlich ist („Türken entscheiden sich für mehr Demokratie“, 12. September und „Die Türkei in der Moderne“, 13. September). Dies ist falsch. Viele der Politiker der CHP kommen aus dem linken Spektrum, welches unter dem Putsch vom 12. September 1980 am meisten gelitten hatte. Gerade die CHP verurteilt diesen Putsch und stemmte sich bei der Abstimmung gegen die Änderung von lediglich zwei Artikeln – Verfassungsgericht und Hohe Richter- und Staatsanwälterat (HSYK).

Vorgesehen ist die Unterjochung der Gewaltenteilung: Alle drei Gewalten in fester Hand islamistisch-konservativer Kreise, die wiederum in der BRD teilweise unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen. Bei diesem fundamental undemokratischen Vorhaben müssten bei der EU eigentlich die Alarmglocken schrillen. Seit die AKP regiert, werden Regierungskritiker entweder zu extrem hohen Strafstrafen verdonnert oder werden mit zweifelhaftem Bezug zu der sagenumwobenen Putschverschwörung „Ergenekon“ inhaftiert. Somit ist die Türkei auf bestem Wege zu einer Zivildiktatur. Ersoy Kiroglu Hamburg

Mehr Geltung für den Islam

So gut die geänderte Verfassung für viele Türken auch sein mag, die Absicht von Erdogan ist sicher nicht, sich an Europa anzunähern. Er und seine Partei AKP dürften vor allem die Demokratie nutzen wollen, um dem Islam mehr Geltung zu verschaffen, und zwar sowohl in der Türkei als auch in der EU. „Die Demokratie ist nur ein Zug, auf den wir aufspringen...“ zitierte Erdogan schon 1998 einen



Eine Stadt im unerlösten Zustand

Streit um „Stuttgart 21“: Behindert der Kopfbahnhof die Entwicklung des Zentrums oder fördert sein Abriss seelenlose Immobilien?

Als Verfechter der Renovierung und des Wiederaufbaus historischer Bauten sind wir nicht verdächtig, gegen Denkmalschutz zu sein oder für einen unbehutsamen Umgang mit Stadt. Wir haben in Berlin-Kreuzberg viele Abrissprojekte verhindert, haben mit anderen für behutsame Stadterneuerung gekämpft und haben uns auch vereinzelt für den Erhalt moderner Architektur eingesetzt. Dennoch halten wir die Aufregung um „Stuttgart 21“ für fehl am Platz.

Die Planung, die seit Jahren betrieben wird und in vielfacher Bürgerbeteiligung erörtert worden ist, ist eine wichtige Entscheidung, um die Innenstadt Stuttgarts aus dem unerlösten Zustand des Kopfbahnhofs in eine bessere Zukunft zu katalysieren. Es werden sehr interessante innerstädtische Flächen gewonnen, es gibt einen Win-Win-Effekt aus Zusammenführung von Stadt, Verbesserung der Verkehrsanbindung Stuttgarts im deutschen Bahnnetz und dem Gewinnen von innerstädtischen, hochwertigsten Flächen, welcher zusammengekommen die größte Chance für Stuttgart, seine durchaus verbesserungswürdige Innenstadt voranzubringen, darstellt. Sicherlich ist das Bahnhofsgebäude von Paul Bonatz ein nicht zu vernachlässigendes Kulturgut. Aber angesichts der hohen Gewinne, die die gesamte, vielfach vernarbte und großteils schlecht wieder aufgebaute Innenstadt einfahren wird, ist ein solcher Teilverlust absolut hinzunehmen.

Unser Appell an die protestierenden Bürger: Blockieren Sie nicht weiter dieses wichtige, zukunftsweisende, ökologische und für den Bahnverkehr zentrale Projekt, sondern bringen Sie Ihre Energien positiv in die Belebung und Zusammenführung der Innenstadt ein. Besonders raten wir ab, „Stuttgart 21“ zu einem Prüfstein für Bürgerengagement, Politikverdrossenheit, Planungsarroganz und was sonst noch so alles drum herum gesponnen wird, hochzureden.

Annette Ahme und Dr. Helmut Maier Berlin

Internationale Langeweile

Dass die Kanzlerin das Projekt „Stuttgart 21“ unterstützt, möge man ihr nachsehen; sie hat noch nicht begriffen, dass ein gegen das Volk gerichtetes, unter er-



Protest und kein Ende: Vergangene Woche machten die Befürworter des umstrittenen Bahnprojekts mobil. Foto: dpa

klärtem Ausschluss jeglicher Alternativen durchgezogenes Verfahren keinen Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit begründen kann, sondern eher früherer DDR-Praxis entspricht. Dass aber ihre Berater ein reines Grundstücks-Spekulationsgeschäft von einem Schienenausbau nicht unterscheiden können (oder wollen?) ist bedenklich und bringt die Kanzlerin erneut in den Geruch der Lobby-Begünstigung. Bedenklich ist auch, dass man eine nicht mehr zu korrigierende Einengung des Schienenverkehrs infolge dessen Verbannung in den Untergrund als „Verbesserung“ hinstellen versucht – nur um eine Spekulation zu ermöglichen und zu tarnen.

Für den Durchgangsverkehr hätte der von dem Stuttgarter Professor Heimerl

vorgeschlagene zweigleisige Tunnel genügt. Dann hätte man den Bahnhof, das Identifikationsmerkmal der Stuttgarter Bürger, nicht abreißen müssen. Das ersparte Geld könnte in nachhaltige Großprojekte wie den überfälligen, seit Jahrzehnten von der Wirtschaft, besonders in der Fläche geforderten Schienenausbau, die Beseitigung von Langsamfahrstellen und niveaugleichen Übergängen, in die Verbesserung von heruntergekommenen Bahnhöfen und in die Wiederherstellung aufgelassener Verladebahnhöfe verwendet. Dafür ist angeblich kein Geld vorhanden, aber für die Zerstörung der Individualität einer Stadt und ihren Ersatz durch ein homogenes, aber teureres und langweiligeres Stadtquartier werden irrwitzige Kosten nicht gescheut. Man

braucht nur die bereits westlich des Bahnhofs gebauten Strukturen zu betrachten, um zu ahnen, was den Stuttgartern mit „Stuttgart 21“ blühen würde.

Doch woher soll die für Städte und Bürger so notwendige und für die Existenz einer Stadt langfristig entscheidende Individualität und Vielfalt kommen, wenn die Identifikationsmöglichkeiten laufend verschwinden und die neuen Gegebenheiten zwangsläufig internationale Monotonie und Langeweile implizieren und somit die Verbundenheit der Bewohner mit ihrer Stadt und das Aufkommen von Heimatgefühl verhindern? Woher soll Bürgerbewusstsein kommen, wenn eine Stadt beliebig austauschbar wird? Karl Klühspies München

Kinder, Küche, Arbeit

Über die Vereinbarkeit von Job und Familie

Die Süddeutsche Zeitung sollte nicht einen von kindlichem Anspruchsdenken und Selbstsucht geprägten Zeitgeist verbreiten („Entscheidet Euch!“, 17. September). Um gute Arbeit sowohl innerhalb als auch außerhalb der Familie zu leisten, ist es häufig notwendig, Energie und Zeit darauf zu konzentrieren. Zerstreuung der Kraft auf berufliche Tätigkeit und auf die Arbeit in der Familie, sei es ein aufrichtiges, ehrliches Anliegen, oder dem Nachgeben des Zwanges nach vermeintlich fortschrittlicher Lebensweise, ist dem manchmal abträglich. Neben der Regelung der Sozialabgaben der Arbeitgeber macht das für gewöhnlich fünf, an Stelle den vom Autor geforderten vier Arbeitstagen pro Woche notwendig. Anstatt Frauen glauben zu machen, dass sie Karriere außerhalb der Familie machen und gute Mütter sein müssen, um gleichwertige Bürgerinnen unserer Gesellschaft zu sein, muss der Arbeit in Haus und Familie der Wert zugeordnet werden, den sie verdient hat. Dieser liegt wesentlich höher als heute erkannt wird. Des weiteren sollten sich jene, welche gesellschaftliche Veränderungen fordern, damit ihnen selbst ermöglicht wird, Beruf und Familie zu vereinigen, selbstkritisch fragen, weswegen sie überhaupt eine Familie gründen, wenn sie es als ungerecht ansehen, wenn ein Partner mehr Zeit und Energie in Familienarbeit investiert, als der andere. Axel Weber Neufahrn

Erziehung muss gewürdigt werden

Mehr Kinder gibt es nicht nur mit einer anderen Arbeitskultur. Mehr Kinder gibt es, indem man die auf Spielplatzbänken verhockte Zeit nicht als solche betitelt, sondern die Arbeit dieser Frauen als Arbeit würdigt und entsprechend achtet, egal, ob der Mann sich entsprechend beteiligt oder nicht. Aber „in“ ist ja gerade: Mütter, die Zeit mit ihren Kindern verbringen, verblöden und die Kinder sowieso. Cosima van Laak Köln

Und wieder bleibt es an den Frauen hängen

Wie in „Mittags müssen Kinder wieder nach Hause“ (22. September) die Erziehungsaufgabe selbstverständlich zur Frauensache erklärt wird, ist rückwärts gewandt, als wären wir im vorletzten Jahrhundert. So ist und bleibt es bequem – für die Männer. Offensichtlich auch für die Redakteure der SZ. Martha Schmidt

Weitere Leserbriefe

Sterile Hochschulen

tischen Kirche verknüpft. Die Natur gibt

keit dem Leser die Lektüre dieser 900 Sei-

cher mit dem Ziel der Veröffentlichung